ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Müller-Jentsch, Walther

Article

Vergangenheit und Zukunft abhängiger Arbeit im Kontext kapitalistischer Dynamik und Entfaltung

Industrielle Beziehungen

Provided in Cooperation with:
Verlag Barbara Budrich

Suggested Citation: Müller-Jentsch, Walther (2019) : Vergangenheit und Zukunft abhängiger Arbeit im Kontext kapitalistischer Dynamik und Entfaltung, Industrielle Beziehungen, ISSN 1862-0035, Verlag Barbara Budrich, Leverkusen, Vol. 26, Iss. 3, pp. 343–356-, https://doi.org/10.3224/indbez.v26i3.05

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/246843

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Walther Müller-Jentsch[*]

Vergangenheit und Zukunft abhängiger Arbeit im Kontext kapitalistischer Dynamik und Entfaltung

Das innere Band, welches die für diese Besprechung ausgewählten sechs Bücher verbindet, ist die abhängige Arbeit in der betrieblichen und sozialen Struktur des Kapitalismus über einen sehr langen Zeitraum bis in die Zukunft hinein. Vom thematischen Zuschnitt her lassen sie sich in drei Gruppen mit je zwei Publikationen zusammenfassen.

I.

Elizabeth Anderson: Private Regierung. Wie Arbeitgeber über unser Leben herrschen (und warum wir nicht darüber reden).
Suhrkamp Verlag, Berlin 2019. 259 Seiten, 28 Euro.

Lisa Herzog: Die Rettung der Arbeit. Ein politischer Aufruf.
Hanser Verlag, Berlin 2019. 222 Seiten, 22 Euro..

Zur ersten Gruppe gehören die Veröffentlichungen zweier Autorinnen, die beide in der universitären Lehre als Philosophinnen arbeiten; die eine – Elizabeth Anderson – ist eine sechzigjährige US-Amerikanerin, die andere – Lisa Herzog – eine deutsche Mittdreißigerin. Während die Amerikanerin das vergangene Ideal einer vorindustriellen egalitären Marktwirtschaft heraufbeschwört und daraus Forderungen für die zukünftige Gestaltung der abhängigen Arbeit ableitet, fokussiert die Deutsche auf deren Zukunft in der digitalisierten Welt. Beide Publikationen stehen im Zeichen dessen, was im Angelsächsischen seit kurzem unter *workplace republicanism* diskutiert wird.[1] In dieser Diskussion wird der Arbeitsplatz, der für die liberale politische Theorie bislang ein blinder Fleck war, von ihr als Ort willkürlicher und nicht rechenschaftspflichtiger Autorität wahrgenommen.

Der von Anderson vorgelegte schmale Band enthält im Kern zwei „Tanner-Vorlesungen“, die sie 2014 an der Princeton University gehalten hat. Sie werden ergänzt von vier Kommentaren von einer Kollegin und drei Kollegen. Es handelt sich um eine stark auf

* Em. Professor für Soziologie an der Ruhr-Universität Bochum. E-Mail: w.mueller-jentsch@ruhr-uni-bochum.de

1 Einen guten Überblick bietet Keith Breen: “Non-Domination, Workplace Republicanism, and the Justification of Worker Voice and Control.” In: The International Journal of Comparative Labour Law and Industrial Relations, Vol. 33, No. 3 (2017), 419-440.

 https://doi.org/10.3224/indbez.v26i3.05

amerikanische Arbeitsverhältnisse abgestellte kritische Abhandlung. Bereits der Titel „Private Regierung“ (eine wörtliche Übersetzung von *Private government*) ist für deutsche Leser erklärungsbedürftig. *Government* bedeutet im Englischen nicht nur Regierung, sondern jedwede Obrigkeit, die herrschaftliche Funktionen über Menschen wahrnimmt, also Anordnungen erteilen, durchsetzen und widrigenfalls sanktionieren kann. Einen Aufschluss über „*Private* Regierung“ gibt der Untertitel des Buches: „Wie Arbeitgeber über unser Leben herrschen“. Im Gegensatz zum Staat fehlen den betrieblichen Untergebenen die liberaldemokratischen Schutzrechte. Mit anderen Worten, private Herrschaft ist gleichbedeutend mit „willkürlicher, nicht rechenschaftspflichtiger Autorität“ (S. 192). Die Autorin steht nicht an, von „kommunistischen Diktaturen“ (S. 79) zu sprechen.

Auch der Inhalt der beiden Vorlesungen lässt sich nur bedingt auf die deutschen Verhältnisse übertragen. Die erste Vorlesung nimmt im historischen Rückgriff die Levellers, Adam Smith und Thomas Paine für einen vorindustriellen Egalitarismus in Anspruch und zeichnet mit dem positiv konnotierten Begriff einer „freien Marktgesellschaft“ ein idealisiertes Bild der Zeit vor der industriellen Revolution:

> „Stellen wir uns eine freie Marktgesellschaft vor, in der fast jeder entweder als Kleinbauer, Handwerker oder kleiner Händler selbständig ist oder aber in einer kleinen Firma mit hohen und stetig ansteigenden Löhnen arbeitet, die ausreichen, um nach einigen Jahren des Sparens den Erwerb eines eigenen Bauerhofs oder einer Werkstatt zu ermöglichen. Die Märkte wären vollkommen durch Wettbewerb charakterisiert, so dass niemand Marktmacht über andere hätte.“ (S. 60)

Nach Ansicht der Autorin glaubten die Egalitaristen ein solches Utopia in Amerika heraufziehen zu sehen, wobei freilich die Sklaverei ein „monströser Schandfleck“ (S. 61) auf dieser Hoffnung war. Die Industrielle Revolution zerschlug jedoch diese Hoffnung mit der Entstehung großer Unternehmen, begünstigt durch Technik und die ökonomischen Skaleneffekte. Nicht zuletzt dadurch vergrößerte sich die Kluft zwischen Arbeitgebern und Beschäftigten. Die Historikerin Ann Hughes, Kommentatorin der Andersonschen Vorlesungen, gibt zu bedenken, dass die wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen der Marktbeziehungen bereits lange vor der Industriellen Revolution weniger segensreich waren.

Die zweite Vorlesung beginnt mit der Explikation der Unterschiede zwischen öffentlicher und privater Regierung. Während die öffentliche Regierung durch republikanische Freiheitsrechte in ihrer Autorität über die Bürger begrenzt und zudem rechenschaftspflichtig ist, befinden sich die Untertanen privater Regierungen in einem Zustand republikanischer Unfreiheit. Wir erhalten sodann einen Rapport, der aufzeigt, wohin ein kapitalistisches Produktionsregime ohne Korrekturmechanismen (wie starke Gewerkschaften, verbriefte Mitbestimmung) tendiert. Die Autorin spricht von „kommunistischen Diktaturen in unserer Mitte“ (S. 79). Die geschilderten Beispiele amerikanischer Führungspraktiken machen offenkundig, dass das *wording* kaum übertrieben ist. Häufig werden die großen Beschäftiger, Walmart und Amazon, auch Starbuck, vorgeführt. Unvorstellbar für deutsche Unternehmen sind jene Firmenleitungen, die ihren Beschäftigten das Recht, eine Toilette während der Arbeit aufzusuchen, verweigern, so dass viele gezwungen sind, bei der Arbeit Windeln zu tragen (S. 205).

Um der Willkür privatwirtschaftlicher Autorität zu entgehen, nennt die Autorin vier Strategien: „(1) Abwanderung, (2) die Rechtstaatlichkeit, (3) substantielle verfassungsmäßige Rechte und (4) Mitsprache“ (S. 118). Das Recht, den Arbeitgeber zu wechseln, wird durch

vertragliche Konkurrenzausschlussklauseln (denen nicht nur technische Berufe unterliegen) und den kaum abweichenden Arbeitsbedingungen bei anderen Arbeitgebern stark eingeschränkt. Die Rechtsansprüche, die ein Bürger gegenüber dem Staat geltend machen kann, lassen sich nicht ohne weiteres auf Unternehmen anwenden. Schwache Ansätze für eine gerechte Arbeitsplatzverfassung erfüllen der *Fair Labor Standards Act* und die Antidiskriminierungsgesetze; sie setzen der Diktatur der Arbeitgeber lediglich Grenzen. Für die verbriefte Mitsprache von Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen an ihren Regierungen gibt es keinen angemesseneren Ersatz. Durch sie ließen „sich die Regeln am Arbeitsplatz leichter an die Bedingungen vor Ort anpassen, als es mit staatlichen Vorschriften möglich ist" (S. 123).

Bei der Erörterung zur Mitsprache wird positiv die deutsche Mitbestimmung hervorgehoben. Am Rande sei vermerkt: Einer ihrer Kommentatoren benutzt als Gegenargument zur deutschen Mitbestimmung eine – im Übrigen stark umstrittene – US-amerikanische Studie, der zufolge die deutschen Mitbestimmungsunternehmen einen niedrigeren Kurswert erzielen als nicht-mitbestimmte Unternehmen, weil weniger Rendite an die *shareholder* flössen.

Anderson beschließt ihre Antwort an ihre Kommentatoren resp. Kritiker mit den Worten:

> „Mein Punkt ist ganz einfach, dass die Beschäftigten irgendeine Art der institutionalisierten Mitbestimmung brauchen, um sicherzustellen, dass ihre Interessen respektiert werden und dass sie bei Entscheidungen, die ihren Arbeitsplatz betreffen, ein Stück weit Autonomie praktizieren können. Sie der privaten Regierung zu unterwerfen – der willkürlichen, nicht rechenschaftspflichtigen Autorität – ist keine Art mit Menschen umzugehen, die nicht weniger ein Anrecht auf Würde, Autonomie und Status haben als ihre Arbeitgeber." (S. 217)

Ein großer, nicht nur geografischer, sondern auch zeitlicher Sprung führt uns zu Lisa Herzogs Abhandlung über die Zukunft der Arbeit im Zeitalter der Digitalisierung. Bei der von ihr thematisierten „Rettung der Arbeit" geht es um deren politische Zukunftsgestaltung, mit ihren Worten: um die Herausarbeitung „konkreter Ansätze für eine gerechte und demokratische Gestaltung der Arbeitswelt" (S. 26). Im Vergleich zu der Abhandlung von Anderson handelt es sich um eine eher leichtgewichtige Publikation, die gleichwohl in kurzer Frist zweifach mit Preisen ausgezeichnet wurde: mit dem Tractatus-Essaypreis des Philosophicum Lech (Preissumme: 25.000 Euro) und dem Deutschen Preis für Philosophie und Sozialethik der Max Uwe Redler Stiftung (Preissumme: 100.000 Euro). Offenbar zieht ein „Rettung" verkündendes Buch, das niemandem wehtut und zudem noch von einer jüngeren Philosophin stammt, preisauslobende Institutionen, welche auch niemandem wehtun wollen, wie das Licht die sprichwörtlichen Motten an.

Die doppelte Botschaft des schmalen Bandes lautet zu einen: Gewisse Tätigkeiten können getrost den Maschinen und Robotern überlassen werden, doch jene, die unser Leben bereichern, sollten vor technologischen Entwicklungen „gerettet" werden; zum anderem: Um der sozialen Dimension der Arbeit, die in ihrem Essay immer wieder beschworen wird, gerecht zu werden, bedürfe es der politischen Steuerung.

Zunächst räumt sie einige Mythen und Missverständnisse beiseite. Zu ihnen gehören: der technische Determinismus der Entwicklungen in der Produktionssphäre, die Vorstellung vom einzelnen schöpferischen Genie sowie die einseitige ökonomische Konstruktion von Arbeit. Stattdessen hebt sie den integrativen Charakter der Arbeit hervor:

> „Arbeit stellt uns in einen sozialen Zusammenhang. Wir begegnen durch sie anderen Menschen und sind in das Netz unserer arbeitsteiligen Systeme eingebunden. Wenn dieser Aspekt betont wird, tritt ihr öffentlicher Charakter und damit die Notwendigkeit ihrer politischen Gestaltung hervor" (S. 86).

In einem längeren Kapitel erörtert sie die Risiken der digitalen Transformation für das Berufsleben, die Existenzängste hervorrufen und flexiblere Lebensläufe zulassen oder auch erzwingen. Abhilfe sieht sie weniger in einem bedingungslosen Grundeinkommen als in der Stärkung sozialer Netzwerke, die die Einzelnen auffängt, und in den Möglichkeiten der Mitgestaltung der Transformation.

Herzog differenziert bei den Folgen der digitalen Transformation zwischen Märkten einerseits und hierarchisch organisierten Firmen andererseits. Sie stützt sich dabei auf die elaborierte „Theorie der Firma" von Ronald Coase. Diese kennt jedoch nur die Dualität von Vertrag und Hierarchie, aber keine grundsätzlichen Interessenkonflikte zwischen Beschäftiger und Beschäftigen. Die Interessenkonflikte klingen erst im vorletzten Kapitel – „Hierarchie oder Demokratie?" – an. Das klassische Argument der Transaktionskosten-Einsparung, mit dem betriebliche Hierarchien ökonomisch gerechtfertigt werden, verliere durch die digitale Transformation teilweise an Gültigkeit, wodurch sich neue Möglichkeiten der Partizipation ohne Effizienzeinbußen ergäben. Dass die Arbeitswelt in Deutschland viel partizipativer organisiert ist, als in vielen anderen Ländern, sei „kein Grund für nationale Überheblichkeit" (S. 147). Es gelte, die über Jahrzehnte erkämpften Arbeitnehmerrechte, „von denen Angestellte in anderen Teilen der Welt nur träumen können" (S. 161 f.), gegen den ökonomischen Mainstream zu verteidigen (S. 168). Doch wer was gegen wen verteidigen und „demokratisch zurückerobern" (S. 174) soll, verbleibt im Ungefähren.

Ihr Plädoyer für eine erweiterte Mitbestimmung will den Betrieb zum republikanischen Raum aktiver Bürgerbeteiligung machen. Dazu passt auch, dass sie in den Whistleblowers, die Missstände in der arbeitsteiligen Welt aufdecken, die „Helden unserer Zeit" (S. 66) sieht. In der Summe liefert Herzog eine schöne Vision, wie sie politisch, gegen welche Widerstände zu realisieren sei, bleibt indessen ungeklärt. Nicht gering zu bewerten ist ihr Verdienst, die Arbeitsplatzbedingungen, wie schon Anderson, zum Gegenstand der politischen Theorie zu machen. Und nur am Rande sei vermerkt, dass der „Vater der Fließbandproduktion" nicht, wie die Autorin behauptet, Frederic Taylor, sondern Henry Ford ist. Auch einer „angekommenen" Philosophin steht es nicht schlecht an, zur Absicherung ihrer Aussagen hin und wieder in die Niederungen entlegener Primärliteratur herabzusteigen.

II.

Jürgen Prott: Solidarität in zerbrechlicher Gesellschaft. Soziale Schichtung und Mobilität in Deutschland.
Rainer Hampp Verlag, Augsburg u. München 2019, 277 Seiten, 32,80 Euro

Thomas Haipeter: Interessenvertretung in der Industrie 4.0. Das gewerkschaftliche Projekt Arbeit 2020. Unter Mitarbeit von Gerhard Bosch, Tabea Bromberg, Jutta Schmitz und Anne-Christin Spallek.
Nomos Verlag, Baden-Baden 2019, 294 Seiten, 59,00 Euro

Zwei weitere Bücher befassen sich mit speziellen Themen, die die Menschen in abhängiger Arbeit strukturanalytisch zu verankern, auf ihre (gewerkschaftliche) Solidarität zu befragen und in ihrer Rolle als aktivierte betriebliche Akteure zu beschreiben suchen.

Das anregende und ideenreiche Buch von Jürgen Prott besteht aus mindestens drei – auf den ersten Blick ungleichen – Teilen. Zum einen untersucht der Autor kritisch drei sozialwissenschaftliche Erfolgsbücher unter dem Gesichtspunkt der sozialen Strukturanalyse, der er zum zweiten einen ausführlichen analytischen Teil widmet, und zum dritten erörtert er den Komplex der Solidarität, teilweise auf der Grundlage einer empirischen Untersuchung über ehrenamtliche Gewerkschaftsfunktionäre. Im Schlusskapitel fügt er die Teile thesenhaft zusammen.

Bei den Erfolgsbüchern handelt es sich um Didier Eribons „Rückkehr nach Reims", Oliver Nachweys „Abstiegsgesellschaft" und Andreas Reckwitz' „Gesellschaft der Singularitäten".

Mit Eribon, dem „Liebling des deutschen Feuilletons" (S. 15), hält Prott sich nicht lange auf – zu defizitär erscheinen ihm dessen analytische Konzepte und zu löchrig dessen Schlussfolgerungen. Da der Franzose sich nicht nur als Soziologe geriert, sondern auch als jemand, der Pierre Bourdieu zu seinen bewunderten Freunden zählte, dünkt es Pott umso sträflicher, dass er das kulturelle Kapital in seiner „Klassenerzählung" völlig missachte und mit „simplen Dichotomisierungen von Gut und Böse" operiere (S. 15).

Seriöser habe zwar Oliver Nachtwey seine Sozialstrukturanalyse mit empirischen Daten ausgearbeitet, aber auch er falle wegen der fehlenden Einbeziehung der Verteilung des kulturellen Kapitals hinter das analytische Niveau zurück, das mit Pierre Bourdieu erreicht wurde. Wenn Nachtwey den Gruppen befristet Beschäftigter, Leiharbeiter, Teilzeit- und Werkvertragsbeschäftigter, Niedriglohnbezieher, Minijobber und Clickworker den gleichen Klassenstatus einer „neuen Unterklasse" zuweist, ist das für Prott „ökonomischer Reduktionismus" (S. 77). Hin und her gerissen zwischen empirischer Analyse und marxistischer Orthodoxie fehle Nachtwey das Verständnis „für die Bedeutung des kulturellen Kapitals zur Entschlüsselung von Sozialstruktur, Lebensverhältnissen und kollektiven Handlungspotentialen" (S. 78). Nicht minder schwerwiegend erscheint Prott, dass Nachtwey mit dem plakativen Titel teils gegen seine eigenen Daten eine überspitzte Schlussfolgerung aus einigen sozialstrukturellen Trends gezogen habe. So konstatiere er nicht nur eine Aufwärtsmobilität von Frauen in Westdeutschland, sondern auch, dass „die Anzahl der Aufstiege nach wie vor um ein Mehrfaches über den Abstiegen" liege (O-Zitat von Nachtwey; bei Proll S. 75). Was bleibt, sei die gewachsene ökonomische Ungleichheit zwischen unten und oben (S. 77) und die „um sich greifende Abstiegsangst" (S. 73).

Bei Andreas Reckwitz, der mit seiner steilen These der „singularisierten Gesellschaft" offensichtlich „einen Nerv des Zeitgeistes" (S. 109) getroffen hat, trete die „Logik des Besonderen" an die Stelle der „Logik des Allgemeinen", prägend sei diese für den „industriellen" Kapitalismus gewesen, während jene den „kulturellen" Kapitalismus präformiere. Prott vermisst für die von Reckwitz daraus gezogenen Schlussfolgerungen für die Sozialstruktur ein „solides erfahrungswissenschaftliches Fundament" (S. 113); in dieser Hinsicht könne er von Nachtwey noch lernen. Im Grunde oszilliert Reckwitz' Analyse allein um die „neue Mittelklasse" der Kreativen und Performer, die in seiner Konstruktion der „Drei-Drittel-Gesellschaft" neben alter Mittelklasse und Unterklasse das obere dynamische Drittel bildet. Anders als Becks und Nachtweys Metapher von der Rolltreppe verwendet Reckwitz die vom Paternoster – die neue Mittelklasse stehe in den Aufstiegskabinen, die neue Unterklasse (und alte Mittelklasse) in den Abstiegskabinen. Da er die Singularität als dominante ge-

sellschaftliche Leitidee versteht, widmet er den beiden anderen Dritteln der Sozialstruktur, die er als „Hintergrundstruktur" versteht, keiner differenzierten Analyse.

Notabene: Reckwitz argumentiert in den ersten Sätzen seines Buches, dass nicht mehr das Allgemeine, sondern das Besondere gelte und exemplifiziert dies an touristischen Urlaubszielen („die besondere Stadt", „die exzeptionelle Landschaft"), ohne darauf zu reflektieren, dass diese Ziele gleichzeitig von mehreren Tausend Touristen, etwa mit Kreuzfahrtschiffen, aufgesucht werden und dadurch schlagartig ihren besonderen Charakter verlieren.

Die Sozialstrukturanalyse als zweiter Teil der Prottschen Arbeit erschließt sich aus der Kritik an den drei Erfolgsbüchern. Anstelle der in ihnen zu findenden überkommenen, teils deterministischen Vorstellungen, plädiert Prott für einen kombinierten Gebrauch der Strukturkategorien von *Klasse*, *Schicht* und *Milieu* zur angemessenen Beschreibung einer differenzierten Sozialstruktur. In den Arbeiten von Michael Vester und seinen Mitstreitern findet er jene Differenzierung, die die Defizite der herkömmlichen Klassen- und Schichtungskonzepte weitgehend vermeidet. Prott beschert uns einen detailreichen Gang durch die bundesdeutsche Schichtungs- und Ungleichheitsforschung von Schelsky, Dahrendorf, Wehler, Gerhard Schulze, Beck, Dörre und Nachtwey bis zu Vester.

Gut die zweite Hälfte des Bandes ist der titelgebenden Solidarität gewidmet. Mit Rekurs auf Rainer Zoll (2000), einem Chronisten und Theoretiker der Solidarität, konstatiert der Autor, dass ohne ein Minimum an sozialer Solidarität die Sozialstruktur hochgradig zerbrechlich bleiben muss. Bei seiner Erörterung der verschiedenen Formen und Dimensionen der Solidarität wird der Bezug zum gesellschaftlichen Ganzen hergestellt. Reckwitz' singularisierte Gesellschaft mit ihrem extremen Individualismus versteht er als Kontrastfolie; denn das Prinzip des Solidarischen bleibt der Welt der Singularitäten fremd. Das Wort Solidarität kommt in dessen Buch nicht vor.

Neben der bürgerschaftlichen Solidarität und der christlichen Barmherzigkeit identifiziert Prott als wirkungsmächtige Quelle die Arbeitnehmersolidarität in der Arbeiterbewegung. Ihr räumt er mit historischen Rückblicken und theoretischen Analysen sowie mit einer eigenen Untersuchung breiten Raum ein. Dabei ist Ihm selbstverständlich bewusst, dass Solidarität selbst unter Gewerkschaftern heute viel fragiler und voraussetzungsvoller geworden ist. Die Bandbreite solidarischer Grundhaltungen im gewerkschaftlichen Milieu bildet er mit drei Typen ab: den traditionell solidarischen, den nicht-solidarischen und den abwägend-distanzierten Typ. Gewonnen hat er seine Dreiertypologie aus einer Befragung von Betriebsräten und Vertrauensleuten vorwiegend aus der chemischen Industrie mit der Frage nach der Bereitschaft, sich an die Seite ihrer Kollegen des Braunkohlenabbaus zu stellen, wenn deren Arbeitsplätze massiv gefährdet würden. Solidarität entfaltet sich in kollektiver Aktion; deren Spektrum umfasst die Kollegialität im Nahbereich, den Verhandlungsmodus der korporatistischen Vereinigung bis zum Kampfmodus der sozialen Bewegung. Dem erfolgreichen Gewerkschaftsfunktionär werden in seiner facettenreichen Rolle Charakterstärke und Überzeugungsfestigkeit mit „konfliktpartnerschaftlicher Orientierung" (S. 241) abverlangt.

In Thomas Haipeters Buch wird ein Gewerkschaftsprojekt – „Arbeit 2020 in NRW" – als begleitende Forschung dargestellt. Dabei geht es um gewerkschaftliche Antworten auf die Herausforderungen der Digitalisierung („Industrie 4.0") der Arbeitswelt. In der Einleitung wird die Digitalisierung als „Megatrend" bezeichnet. Darunter werden häufig auch arbeitspolitische Veränderungen subsumiert, bei denen die Digitalisierung keine oder nur eine verstär-

kende Rolle spielen. Da der Digitalisierung jedoch eine große öffentliche Aufmerksamkeit zukommt, sei es für die Gewerkschaften opportun, langfristige und neue arbeitspolitische Herausforderungen in die öffentliche Wahrnehmung zu rücken, die nur mittelbar auf die Digitalisierung zurückzuführen sind. Mit diesem Verständnis wurde auch das von Sozialforschern begleitete und von der Hans-Böckler-Stiftung geförderte Gewerkschaftsprojekt durchgeführt. Dass die Forscher bei den Besprechungen, Workshops etc. anwesend waren und die beobachteten Prozesse auch anschließend bewerteten, machte sie noch nicht zu *teilnehmenden* Beobachtern. Bei teilnehmender Beobachtung wird der Beobachter zu einem *aktiven* Teil des beobachtenden Feldes (Endruweit u.a. 2014: 299), mit anderen Worten: Er übernimmt in dem Feld eine Rolle und tritt nicht als Wissenschaftler auf. Ein unter empirischen Sozialforschern verbreitetes (Selbst-)Missverständnis wird hier abermals wiederholt.

Das Projekt „Arbeit 2020“ gehört zu den (Revitalisierungs- und Organizing-)Strategien (Rehder 2008), mit denen die deutschen Gewerkschaften neue Wege einschlugen, um über die Aktivierung von Betriebsräten und die Beteiligung der Mitglieder ihre Handlungsfähigkeit auszuweiten und ihre Machtposition in den Betrieben zu festigen suchen. Auf intelligente Weise verknüpften sie in dem vorliegenden Fall diese Strategie mit einem Problemkomplex, der in aller Munde ist, nämlich: Digitalisierung.

Für die Untersuchung wurden 19 Betriebe, vorwiegend aus der nordrhein-westfälischen Metallindustrie ausgewählt, Voraussetzung war die Aufgeschlossenheit gegenüber dem Projekt seitens der Betriebsräte und der Betriebsleitung. In Beratungsworkshops mit Betriebsräten und Beschäftigten wurden betriebliche Landkarten der Digitalisierung entworfen, arbeitspolitische Themen identifiziert und Verhandlungen mit den Unternehmensleitungen vorbereitet. Als graphisches Instrument dienten die Landkarten dazu, nach Abteilungen gegliedert, Digitalisierungsniveaus und Arbeitssituation nach folgenden fünf Merkmalen sichtbar zu machen: Grad der Vernetzung, Grad der Steuerung durch Technik, Beschäftigung, Anforderungen an Arbeit, Arbeitsbedingungen. Operationalisiert wurden die Indikatoren durch detaillierte, abfragbare Merkmalsausprägungen. Zu den positiven Ergebnissen des Projekts zählten die Aktivierung von Betriebsräten und die Einbeziehung der Beschäftigten. In der Mehrzahl der Betriebe wurden etwa zehn Prozent der Belegschaft in den Landkarten-Prozess einbezogen. Deren Expertenwissen wurde auch aus Bereichen abgerufen, in denen kein so enger Kontakt zum Betriebsrat bestand.

Bis zum Abschluss des Projekts wurden sieben Zukunftsvereinbarungen abgeschlossen. Am häufigsten werden mit ihnen „Qualifizierung und Weiterbildung“ geregelt, an zweiter Stelle die „Beteiligung an Digitalisierungsprojekten“. Andere Handlungsfelder sind Datensicherheit, Arbeitsbelastungen und Arbeitszeiten. Die Regelungen sind eher vage gehalten; sie beinhalten zumeist gemeinsam getragene Handlungsverpflichtungen. Nicht die Festlegung von Normen, sondern die Beteiligung und Prozesswege zur Bearbeitung der Themen sind Gegenstand der Vereinbarungen.

Im Gegensatz zu den meisten anderen DGB-Gewerkschaften, hat die IG Metall seit 2013 ihren Mitgliederbestand halten können. Vermutlich ist dies auch Projekten wie dem von „Arbeit 2020“ zu verdanken, bei denen die Gewerkschaftsorganisation einfallsreich gegen den allgemeinen Trend zum Mitgliederverlust bei Gewerkschaften, Parteien und Kirchen ankämpft.

Theoretisch bemüht sich Haipeter um eine Abgrenzung von dem Modell der dualen Interessenvertretung und dem Konzept des Co-Managements. Sein Gegenmodell heißt „stra-

tegische Interessenvertretung“ (S.46). Dazu zählt er den „Versuch stärkerer Einflussnahme auf strategische Unternehmensentscheidungen“ – just das zeichnet den Co-Manager aus. Und an der „strategischen Entwicklung der Organisationsstrukturen und Ressourcen durch kontinuierliche Anpassung an neue Herausforderungen“ (S. 46) prätendieren allein die Adjektive „strategisch“ und „kontinuierlich“ eine neue Form der Interessenvertretung. Dass es eine neue Arbeitsteilung zwischen tariflicher und betrieblicher Interessenvertretung gibt und der Betriebsrat die Rolle als „subsidiärer Tarifakteur“ übernimmt, verändert zwar den Charakter des dualen Systems, setzt aber seine regulativen Elemente nicht außer Kraft. Zeigen doch die von Haipeter vorgestellten Fallstudien ein deutliches Zusammenrücken von gewerkschaftlichen und betrieblichen Akteuren, ohne dabei deren Kernfunktionen zu verschmelzen oder aufzulösen. Auch in dem von Wolfgang Schroeder (Schroeder/Keudel 2008) übernommenem Modell der „drei Welten der Arbeitsbeziehungen“ ist die der dualen Interessenvertretung immer noch die dominante (1. Welt) und die gegenüber den beiden Schwundformen für die deutschen industriellen Beziehungen prägende. Und schließlich: Gehören zum *modus operandi* kollektiver Interessenvertretungen nicht immer schon sowohl taktische als auch strategische Vorgehensweisen?

(Eine komprimierte Darstellung der besprochenen Untersuchung findet der Leser dieser Zeitschrift in Heft 2/2019, S. 130-149.)

III.

Werner Plumpe: Das kalte Herz. Kapitalismus: Die Geschichte einer andauernden Revolution.
Rowohlt Verlag, Berlin 2019, 800 Seiten, 34,00 Euro

Lutz Raphael: Jenseits von Kohle und Stahl. Eine Gesellschaftsgeschichte Westeuropas nach dem Boom.
Suhrkamp Verlag, Berlin 2019, 526 Seiten, 32,00 Euro

Die beiden ohne Zweifel gewichtigen Bücher von Plumpe und Raphael öffnen den Horizont auf das sozio-ökonomische Umfeld von abhängiger Arbeit und ihren historisch wechselhaften Formen. Plumpe schildert die vierhundertjährige Geschichte des Kapitalismus, Raphael ihre jüngste Phase.

Plumpes voluminöses Werk begreift den Kapitalismus als „eine Art Ordnung“ (S. 33) ohne Zentrum; zu dessen wichtigsten Merkmalen zählt er: Kapitalintensität, Massenproduktion und -konsum, preisbildende Märkte, Privateigentum, freie Arbeit, soziale Ungleichheit und eine fortdauernde, umwälzende Dynamik. Durch seine Plastizität sei „der“ Kapitalismus offen für politische Gestaltung („varieties of capitalism“). Bemerkenswert ist Vieles an den Buch. Zum Beispiel: dass Plumpe den Massenkonsum der nichtvermögenden Menschen als Triebkraft der kapitalistischen Dynamik identifiziert, und das bei unvermeidbarer sozialer Ungleichheit, weil eine kapitalintensive Industrie hohe Investitionsquoten benötigt, die von jener Eigentümerklasse aufgebracht werde, die sich in ihrem Privatkonsum deshalb nicht einschränken muss. Gleichwohl sei der Kapitalismus, so Plumpes Resümee: eine

„Ökonomie der armen Menschen und für arme Menschen“ (S. 639), die sich allen nichtkapitalistischen Wirtschaftsordnungen bis heute als weitaus überlegen erwies.

Die Geschichte, die Plumpe erzählt, hat geographisch Europa zum Ausgangspunkt (der Verfasser spricht vom „europäischen Sonderweg“) und zeitlich das 17. Jahrhundert. Freilich blieb bis Ende des 18. Jahrhunderts der Kapitalismus ein regionales Phänomen, begrenzt auf England und die Niederlande. In fünf chronologisch gegliederten, jeweils ca. hundert Seiten starken Kapiteln beschreibt er die Geschichte des Kapitalismus: Entstehung (1. Kapitel), Aufstieg und Entfaltung im langen 19. Jahrhundert (2. Kapitel), Absturz: Krise und Krieg (3. Kapitel), Wiederaufstieg (4. Kapitel), weltweiter Siegeszug (5. Kapitel). Die ersten vier Kapitel stehen im Zeichen der atlantischen Dominanz. Die Jahre des Wiederaufbaus nach dem Zweiten Weltkrieg (die „trente glorieuses“), die noch einmal unter der westlichen Vorherrschaft standen, bildeten zugleich den Scheitelpunkt zu einer Neuordnung der regionalen Wirtschaftsgewichte und dem globalen Siegeszug des Kapitalismus begleitet von einer Liberalisierung der Weltwirtschaft. Eine Art theoretischer Rahmung bietet der Schluss. Zum einen verweist Plumpe auf die zum Kennzeichen der kapitalistischen Dynamik gewordenen vielfältigen Revolutionen (die finanzielle Revolution des 17. und 18. Jahrhunderts, die Industrielle Revolution, die Transportrevolution, die zweite Industrielle Revolution, die Konsumrevolution und die Informationsrevolution in der Gegenwart), womit er die im Untertitel genannte „andauernde Revolution“ indiziert. Zum anderen erklärt er die Entstehung und Weiterentwicklung des Kapitalismus mit der Luhmannsschen Evolutionstheorie mit ihrer Trias von Variation, Selektion und Restabilisierung. Das theoretische Modell postuliert ein evolutionäres Zusammenspiel von Wirtschaft, Organisation und Politik, wobei dezentrale Privateigentumsstrukturen als Variationsmechanismus, preisbildende Märkte als Selektionsmechanismus und politische Institutionalisierung als Stabilisierungsmechanismus fungieren.

Wer sich von Plumpes Ausgangshypothese – kapitalintensive Massenproduktion und Massenkonsum als primäre Treiber der kapitalistischen Dynamik – und seiner auf die segensreichen Effekte der Märkte abstellenden Analyse überzeugen lässt, wird mit reichhaltigen Informationen belohnt. Bereits das erste Kapitel beschreibt ausführlich eine „Konsumrevolution“ im 17. und 18. Jahrhundert in England und den Niederlanden, ausgelöst vornehmlich durch die bürgerliche Mittelschicht. In einem späteren Kapitel ist von der Entstehung der „Massenkonsumgesellschaft“ in den USA im frühen 20. Jahrhundert die Rede. David Riesmans Erfolgsbuch „Die einsame Masse“ und Vance Packards Untersuchungen über die dubiosen Marketingpraktiken hätten hier als Referenzquellen dienlich sein können, indessen: beide Male Fehlanzeige. Eines der längsten Unterkapitel beschreibt die entfaltete moderne Massenkonsumgesellschaft, die seit den 1950er Jahren zum „gewöhnlichen Erscheinungsbild kapitalistischer Ökonomien“ (S. 425) geworden sei. Hier zeichnet der Autor ein buntes Panorama von der Veränderung des Familienalltags und der Jugendkultur mit allen Details bezüglich der Nahrungsaufnahme über das Musikhören bis zum Massentourismus.

Neben dem Konsum beschreibt Plumpe freilich auch die üblichen Ingredienzen des Kapitalismus wie das Finanz- und Bankwesen, die Entwicklung der Handelsmärkte- und –ströme, die Technologien, die Unternehmensstrukturen, die Wirtschaftspolitik des Staates und schließlich – *last and least* – auch den Produktionsfaktor Arbeit. Nahm in der Marxschen Kapitalismusanalyse Lohnarbeit und Mehrwertproduktion einen zentralen Stellen-

wert ein, dann finden sie sich in der Plumpeschen durch Massenproduktion und Massenkonsum verdrängt.

Das heißt freilich nicht, dass Plumpe den Komplex Arbeit, Arbeitsbedingungen, Lage der Arbeiterschaft sowie Arbeiterbewegung unterschlägt, sondern dass er ihm vergleichsweise wenig Raum gewährt. Vieles wird nur angetippt.

Zum Beispiel die Arbeitsbedingungen zu Beginn der Industrialisierung in England, über die E. P. Thompson einen säkularen Aufsatz („Zeit, Arbeitsdisziplin und Industriekapitalismus“) geschrieben hat. Während Thompson die zahlreichen Sanktionen beschreibt, durch die die Arbeiter an den Industrierhythmus angepasst wurden, führt Plumpe den Wandel im Arbeitsverhalten auf die Versorgung mit Konsumgütern zurück. Dem als „Maschinensturm“ bezeichneten Protest wird nur ein Absatz gewidmet, mit den üblichen negativen Konnotationen, statt auf die im zitierten Aufsatz von Hobsbawm („The Machine Breakers“) und ausführlich auch bei Thompson erfolgte „Ehrenrettung“ der Maschinenstürmer (auch gegenüber Marx‘ und Engels‘ Verdikt) einzugehen. „Die zerstörerischen Folgen des neuen Fabriksystems“, schreibt Plumpe, seien „gemessen an seiner Aufbauleistung von geringer Bedeutung“ (S. 189). Die soziale und politische Bewegung der Chartisten wird mit einem Satz abgefertigt. Die Russische Revolution wird zu einem „bolschewistischen Putsch“ (S. 316) heruntergebrochen. Die Erläuterungen zum Weimarer Arbeits- und Tarifrecht kommen aus, ohne seinen Schöpfer, Hugo Sinzheimer, zu nennen. Eine detailliertere Darstellung findet indes die Auseinandersetzung der Regierung Thatchers mit den Gewerkschaften, sei‘s auch, weil sie sich im Kontext der „Befreiung der Märkte“ durch die neoliberale Wirtschaftspolitik ereignete.

Marginal bleibt selbst die Diskussion über den Strukturwandel der großen Kapitalgesellschaften. Zwar werden von Alfred Chandler drei Titel im Literaturverzeichnis aufgeführt, aber im Text findet er nur eine knappe Beachtung. Die einschlägigen Werke über die mit den „big corporations“ entstandene managerielle Unternehmensleitung und –bürokratisierung von Berle & Means („The Modern Corporation and Private Property“, 1932) und James Burnham („The Managerial Revolution“, 1941) bleiben völlig unberücksichtigt. In keiner der geschilderten historischen Perioden wird auch nur der Versuch der Innenansicht eines kapitalistischen Betriebs unternommen. Noch Max Weber hatte den kapitalistischen Arbeitsprozess als zentral für den „bürgerlichen Betriebskapitalismus“ (Weber 1920: 9 ff.) angesehen. Doch Max Weber wird einzig mit seinem „Protestantismus“-Aufsatz zitiert (eine weitere Stelle zum „stahlharten Käfig“ stammt aus der Sekundärliteratur). Historisch-systematisch hätte der kapitalistische Arbeitsprozess zumindest im folgenden Dreischritt seiner jeweils grundlegenden Reorganisation dargestellt werden müssen: Anpassung der Arbeiter an den industriellen Rhythmus (formelle Subsumtion) in der ersten industriellen Revolution – Unterordnung unter fordistisch-tayloristisch geprägter Betriebsorganisation (reelle Subsumtion) in der zweiten industriellen Revolution – Integration in flexible Produktionsprozesse postfordistischer und posttayloristischer Provenienz in der dritten industriellen Revolution.

Die Rationalisierungskonzepte von Ford und Taylor, welche die Arbeits- und Produktionsprozesse des Kapitalismus fundamental transformierten, werden nicht expliziert, sondern nur angetippt; der Begriff „Fordismus“ fällt zwar, aber ohne Bezugnahme auf seinem Erfinder – Antoni Gramsci – , der mit ihm ein neues kapitalistisches Akkumulationsregime kennzeichnete. Da in Plumpes Kapitalismusanalyse die Massenproduktion eine bedeutende Rolle ein-

nimmt, verwundert es, dass er zwei sozialwissenschaftliche Bestseller über den revolutionären Wandel der Massenproduktion im Postfordismus völlig ignoriert. Dabei handelt es sich zum einen um „The Second Industrial Divide" (dt. „Das Ende der Massenproduktion") (Piore/Sabel 1984) und zum anderen um „The Machine That Changed the World" (dt: „Die zweite Revolution in der Autoindustrie") (Womack/Jones/Roos 1990), die den Triumph japanischer Organisationskonzepte wie Lean Production, Teamwork, Qualitätszirkel, unter den Schlagworten Toyotismus und „flexibler Spezialisierung", verkündete. Besonders misslich erscheint mir, dass die französische „Regulationsschule" mit Agliettas (1982; 2000) Analyse des postfordistischen Akkumulationsregimes ebenfalls Fehlanzeige ist.

An mehreren Stellen verweist Plumpe auf das Buch „Varieties of Capitalism" (Hall/ Soscise 2001). Darin führen die Autoren fünf für die Varietät konstitutive Sphären auf; eine davon sind die „Industriellen Beziehungen". Obwohl als diskriminierende Variable ausgewiesen, wird sie von Plumpe nicht systematisch ausgewertet. Verfügen doch die drei Länder, die er als paradigmatisch für den europäischen Kapitalismus betrachtet, über deutlich unterschiedliche Systeme der industriellen Beziehungen. Leider geht der Vergleich nicht über punktuelle Hinweise hinaus.

Es versteht sich von selbst, dass bei einem Buch, das ein so breit angelegtes Thema abhandelt, kritische Rezensenten immer auf Lücken stoßen. Handelt es sich jedoch, wie bei den hier nachgewiesenen Lücken, um zentrale Bereiche wie Massenproduktion und industrielle Arbeit, dann können sie nicht mehr als *quantité négligeable* abgetan werden, sondern beschädigen die Qualität des Werkes. Positiv ist hervorzuheben, dass die Lektüre des „Wälzers" durch einen angenehm flüssigen Stil gewinnt, wenn auch dessen Bildhaftigkeit zuweilen mit Alltagsfloskeln durchsetzt ist (wie „feuchter Kehricht", „keinen Schuss Pulver wert", „über die Runden kommen", „kraftstrotzend", „wenn man so will"), die nicht jedermann gefallen dürften. Auffällig und gleichsam als undefinierter „Joker" fungieren die „kapitalistischen Verfahrensweisen", die gehäuft als Leerformel auftreten (auf S. 260 f. gleich viermal). Für solide Wissenschaftlichkeit sprechen schließlich die zahlreichen Anmerkungen sowie das umfangreiche Literaturverzeichnis und das detaillierte Sach- und Personen-Register.

Der Trierer Neuzeithistoriker Raphael hat mit seiner Gesellschaftsgeschichte eine beeindruckende und ungemein materialreiche, vergleichende Geschichte der industriellen Arbeit in den letzten drei Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts vorgelegt. Es sind die Jahrzehnte nach dem „Boom", dem sogenannten „goldenen Zeitalter" der Nachkriegsjahrzehnte. Er selbst nennt seine Arbeit eine „Gesellschaftsgeschichte der Deindustrialisierung" (S. 15). Das empirische Material entstammt den drei ökonomisch stärksten Ländern Westeuropas: Deutschland, Großbritannien, Frankreich. Der Autor wählt „eine Erzählperspektive, die die Lebenslagen und Erfahrungswelten von Industriearbeiterinnen und –arbeitern in den Mittelpunkt stellt" (S.11). Dem Abschnitt „Dank" am Ende des Buches ist zu entnehmen, dass die voluminöse Abhandlung auf einer durch mehrere Forschungsaufenthalte, Preise und universitäre Einladungen geförderter, fast zehnjähriger Recherche basiert, die schließlich in den Adorno-Vorlesungen von 2018 kumulierten.

Nach einleitenden Abschnitten zur Fragestellung und Konzeption sowie über terminologische Erläuterungen und theoretische Zugänge ist das Buch in zwei große Teile gegliedert: der mit „Vogelperspektive" überschriebene umfasst fünf, die „Nahaufnahmen" drei Kapitel.

Als doppelten Umbruch konstatiert Raphael die Deindustrialisierung und das Aufkommen des Finanzmarktkapitalismus. Beides nimmt einen ungleichen Verlauf in den drei Ländern. Großbritannien ist der Vorreiter der Dienstleistungsökonomie, Deutschland behält bis heute einen beachtlichen Teil der verarbeitenden Industrie. Die jedoch tendenziell gleichläufigen Veränderungen in allen drei Ländern werden ausführlich und differenziert dargestellt. Dazu gehören zuvörderst die aus politökonomischer Perspektive geschilderten Umbrüche in der Wirtschaft (von der Industrie- zur Dienstleistungsökonomie, wachsende Dominanz des Finanzmarktes, Globalisierung, Aufkommen neuer Technologien, Strukturwandel des Arbeitsmarktes) (1. Kapitel), sodann deren wissensgeschichtliche Spiegelung in öffentlichen Diskursen und Deutungen durch Organisationen und Repräsentanten der Arbeitnehmerschaft (2. Kapitel). Eine politische Ereignisgeschichte von Arbeitskämpfen und Sozialprotesten in den drei Dekaden präsentiert das 3. Kapitel. Raphael handelt sie in drei Phasen ab: 1968-1979, 1979-1990 und 1990-2005. Als eine „Politik von unten" schildert er bewegend die großen Arbeitskonflikte, Betriebsbesetzungen und politischen Aktionen, in denen sich der Widerstand der Industriearbeiterschaft nicht nur gegen Stilllegungen und Massenentlassungen manifestierte. Einige Höhepunkte: Pariser Mai 1968, deutsche Septemberstreiks 1969, die dreijährige Betriebsbesetzung bei der Uhrenfabrik LIP, Stahlarbeiterstreik in Lonwy/Denain 1978/79, britischer Bergarbeiterstreik 1984/85, Kampf um die 35-Stunden-Woche 1984, Besetzungsstreik in Rheinhausen 1987/88. Als eine „Wetterscheide" (S. 193) erkennt er die Mitte der 1980er Jahre, als die Industriearbeiterschaft von der politischen Bühne verschwindet und andere Akteure die Bühne mit Sozialprotesten betreten.

Die Folgen der wirtschaftlichen Umbrüche seit 1975 für das Arbeits- und Sozialrecht in Westeuropa werden, mit dem Schwergewicht auf die industrielle Lohnarbeit, im 4. Kapitel dargestellt. Ausgangspunkt sind die im Begriff der „Sozialbürgerschaft" (analog zu T. H. Marshalls „industrial citizenship") zusammengefassten Rechte auf soziale Sicherheit und Mitgestaltung von Löhnen und Arbeitsbedingungen durch Gewerkschaften und betriebliche Arbeitnehmervertretungen. Im unterschiedlichen Ausmaß wurden diese Rechte durch deregulierende staatliche Arbeitsmarktpolitik und Gewerkschaftsgesetzgebung (am drastischsten die der Thatcher-Regierung in Großbritannien) ausgehöhlt, mit den bekannten Folgen einer Zunahme der atypischen Beschäftigungsverhältnisse, der Expansion des Niedriglohnsektors, einer Schwächung der Gewerkschaften und der Ausweitung mitbestimmungsfreier Zonen. Mit Rekurs auf Wolfgang Schroeders (auf Deutschland bezogenen) „drei Welten der Arbeitsbeziehungen" resümiert Raphael, dass in allen drei Ländern weiterhin eine Kernzone existiere, die dem Modell der Sozialbürgerschaft mit seinen arbeits-, tarif- und sozialrechtlichen Bedingungen entspräche. Dagegen würden in einer Übergangszone, der zweiten Welt der Klein- und Mittelbetriebe sowie der Neugründungen US-amerikanischer oder japanischer Unternehmen in Großbritannien und Frankreich, nur noch einzelne Komponenten des Modells gelten. Die dritte Welt schließlich bilden jene Unternehmen, in denen „alle Aspekte des Modells de jure oder de facto aufgekündigt wurden oder unbekannt blieben" (S. 246). Zu ihnen gehören neben marginalen industriellen Kleinbetrieben vornehmlich die Beschäftigungsverhältnisse in den anwachsenden Sektoren der privaten Dienstleistungen. Das anschließende 5. Kapitel widmet der Autor dem Übergang von der Industriegesellschaft zur Wissensgesellschaft, erneut aus der Perspektive industrieller Arbeit. Zur Sprache kommen die Umbrüche, die die dritte industrielle Revolution in den beruflichen

Bildungsprozessen herbeigeführt hat. Aufgrund der wissensgestützten technologischen Innovationen veränderte sich das produktionsrelevante Wissen. In den drei Ländern verliefen die Prozesse mit erheblichen Differenzen. Trotz vielfach geäußerter Skepsis und pessimistischer Prognose (etwa von Horst Kern und Charles Sabel) zeigte das System dualer beruflicher Bildung in Westdeutschland eine überraschende Anpassungsfähigkeit. Durch die Schwäche beruflicher Ausbildungsstrukturen in Großbritannien blieb der konkrete Erwerb von *job skills* Angelegenheit betrieblicher und individueller Qualifizierungsbemühungen, mit der Konsequenz, dass es in der Umbruchphase der dritten industriellen Revolution auf der Facharbeiterebene deutlich weniger Personal mit technisch-gewerblichen Berufsqualifikationen gab als in den beiden anderen Ländern. Frankreich nahm eine Mittelposition ein; mit dem grundlegend veränderten Profil betriebsferner berufsqualifizierender Ausbildungsgänge wurden bessere Grundlagen für die Bewältigung neuer Technologien in Fertigung und Produktion geschaffen.

Die letzten drei Kapitel beschreiben als „Nahaufnahmen" Berufskarrieren (6. Kapitel), betriebliche Sozialordnungen (7. Kapitel) und Sozialräume der Deindustrialisierung (8. Kapitel). Durch den Niedergang der ehemaligen Schlüsselindustrien (Kohle, Stahl, Werften, Textil) gingen viele Industriearbeitsplätze verloren. Trotz der durch Staat, Arbeitgeber und Gewerkschaften gestützten Frühverrentung hatte diese Entwicklung für einen beträchtlichen Anteil der älteren Industriearbeiter Langzeitarbeitslosigkeit zur Folge. Mit Hilfe einer Handvoll individueller Biographien zeichnet Raphael die mehrfachen Brüche im Arbeitsleben anschaulich nach. Aufschlussreich sind die Befunde im Kapitel über betriebliche Sozialordnungen. Entgegen der aus marxistischer Perspektive formulierten Prognose, dass die Entwicklung nach dem Boom „ausschließlich in Fabrikordnungen neoliberaler Couleur münden" (S. 367) würde, ergab sich kein eindeutiger Veränderungsdruck. Vielmehr konstatiert der Autor eine überraschende Vielfalt, die er mit den Konzepten von Thomas Welskopp (Betrieb als „soziales Handlungsfeld!") und Hermann Kotthoff („betriebliche Sozialordnung") aufschlüsselt und, gestützt auf neuere industriesoziologische Befunde, in ihren Konturen abbildet. Konkret analysiert werden die Veränderungen der betrieblichen Arbeitsbeziehungen in einem längeren Unterkapitel für die Schlüsselbranche der Automobilindustrie in den drei Ländern. Während in Frankreich und Großbritannien in den überlebenden Fertigungsbetrieben sich ein Trend zu kooperativen Arbeitsbeziehungen teils nach schweren Arbeitskämpfen und möglichst an den Gewerkschaften vorbei durchsetzte, wurde in den westdeutschen Standorten die Kooperation mit den Gewerkschaften gesucht und das Regelwerk der Mitbestimmung genutzt, wobei das „Komanagement" bei VW die am weitesten gehende Variante kooperativer Sozialordnungen darstellte. Anders sah hingegen die Welt der Zulieferbetriebe aus. Von einigen größeren Unternehmen abgesehen, dominierten hier Leistungsdruck, Niedriglöhne und tayloristische Arbeitsabläufe.

Insgesamt jedoch gaben weder die technischen Veränderungen noch die Tendenz zur Finanzialisierung eine eindeutige Richtung der Veränderungen in den betrieblichen Sozialordnungen vor. Mit „Bündnissen für Arbeit" wurden insbesondere in Deutschland in vielen Betrieben Not- und Zweckgemeinschaften begründet. In anderen Fällen lösten sich im Schatten von Absatzkrisen, und Teilentlassungen und drohender Veräußerung paternalistische, auch bürgerschaftliche Produktionsgemeinschaften in „seelenlose Arbeitshäuser" (Kotthoff) auf.

Im letzten Kapitel beschreibt Raphael die sozialräumlichen Effekte des industriellen Strukturwandels und der Arbeitsemigration in den drei Untersuchungsländern, deren ungemeine Vielfalt und Gemengelagen sich nicht auf regionale Disparitäten, Segregation und Gentrifizierung reduzieren lassen.

Will man als Rezensent zu dem Buch ein Resümee ziehen, dann nur mit einer ausgezeichneten Note. Es ist flüssig geschrieben, ungemein informativ, intelligent gegliedert und wertet den neuesten Stand der sozialwissenschaftlichen Forschung aus; erstaunlich reichhaltig bedient sich der Autor industriesoziologischer Untersuchungen und übernimmt mit Gewinn teilweise auch deren Terminologie; kurz: eine Gesellschaftsgeschichte *at its best*. Die darin geschilderten Niederlagen ihrer Helden, sprich: der industriellen „Malocher", wurden diesmal nicht von den Siegern geschrieben.

Literatur

Aglietta, M. (1982). *A Theory of Capitalist Regulation: The American Experience*. New York: Verso.

Aglietta, M. (2000). *Ein neues Akkumulationsregime. Die Regulationstheorie auf dem Prüfstand.* Hamburg: VSA.

Berle, B. & Means, G. (1932). *The Modern Corporation and Private Property*. New York: Macmillan.

Burnham, J. (1941). *The Managerial Revolution*. New York: Day.

Endruweit, G., Trommsdorff, G. & Burzan, N. (Hrsg.) (2002). *Wörterbuch der Soziologie*. 3. Auflage. Konstanz und München: UVW.

Hall, P. A. & Soskice, D. (2001). *Varieties of Capitalism. The Institutional Foundations of Comparative Advantage*. Oxford: Oxford Univ. Press.

Piore, M. J. & Sabel, C. F. (1984). *The Second Industrial Divide: Possibilities for Prosperity*. New York: Basic Books Dt. Übersetzung 1985: *Das Ende der Massenproduktion. Studie über die Requalifizierung der Arbeit und die Rückkehr der Ökonomie in die Gesellschaft*. Berlin: Wagenbach.

Rehder, B. (2008): Revitalisierung der Gewerkschaften? Die Grundlagen amerikanischer Organisierungserfolge und ihre Übertragbarkeit auf deutsche Verhältnisse, in: *Berliner Journal für Soziologie* 18 (3): 432-456.

Schroeder, W. & Keudel, D. (2008). *Strategische Akteure in drei Welten. Die deutschen Gewerkschaften im Spiegel der neueren Forschung*. Düsseldorf: Hans-Böckler-Stiftung.

Weber, M. (1920). *Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie I*. Tübingen: Mohr (Siebeck).

Womack, J. P., Jones, D. T. & Roos, D. (1990). *The Machine That Changed the World*. New York: Rawson. Dt Übersetzung 1992: *Die zweite Revolution in der Autoindustrie*. Frankfurt am Main: Campus Verlag.

Zoll, R. (2000). *Was ist Solidarität heute?* Frankfurt am Main: Suhrkamp.